

Daraus ergibt sich, daß die Wahlen am 23. Juni eine wirklich machtvolle Demonstration für den Frieden, für Demokratie und Wohlstand werden müssen. Hierin liegt der Sinn der großen Aussprache dieser Wochen, die möglichst viele Bürger unseres Staates zur bewußten und betonten Teilnahme am öffentlichen Leben bringen soll. Dazu ist die Zeit weder zu kurz noch zu lang, zumal natürlich auch nach der Wahl unsere demokratische Entwicklung uns weitere Aufgaben stellen wird.

Überlegen wir doch einmal: ungefähr jeder vierzigste wahlberechtigte Bürger wird nach der Wahl an irgendeiner Stelle unseres Staates verantwortlich mitwirken und in seinem Gebiet mit seinem Gremium die Staatsmacht verkörpern. Nicht nur formal und durch, gelegentliches Handhochheben Demokratie vortäuschend wie in westdeutschen Parlamenten, sondern in ständigem Kontakt mit der Bevölkerung, rechenschaftspflichtig, voll verantwortlich und wirklich entscheidend. Er trägt die Verantwortung sowohl für die Beschlüsse als auch für ihre Durchführung. An der Mitwirkung jedes Bürgers ist unser Staat interessiert. Dies geschieht heute schon in den ständigen Kommissionen und ihren Aktivs. In den Ausschüssen der Nationalen Front, in Wohnungskommissionen, Elternausschüssen, Verkaufsstellenausschüssen, LPG-Beiräten usw. arbeiten heute bereits viele Tausende. Ihre Tätigkeit schränkt immer mehr den Verwaltungsapparat und damit auch die Möglichkeit bürokratischer Auswüchse ein. Spricht es nicht für unsere Republik, daß bei uns auf 236 Einwohner ein Angestellter in der Verwaltung kommt, während in Westdeutschland 146 Einwohner bereits einen Beamten tragen müssen?

In den vergangenen Wochen wurde die Rechenschaftslegung der bisherigen Volksvertreter durchgeführt. Nicht zum erstenmal, wie wir wissen. Wir wollen hier nicht noch einmal auf das Kennzeichnende unserer Demokratie, das in der Rechenschaftspflicht liegt, besonders eingehen. Es soll aber darauf hingewiesen werden, wie anders es wohl in westdeutschen Parlamenten aussehen würde, wenn dort die Abgeordneten mindestens einmal im Jahr vor den Wählern für ihre parlamentarische Tätigkeit einstehen müßten. Haben die westdeutschen Wähler 1953 die Wehrpflicht, die Lagerung von Atombomben, das Kommando alter Nazi-Generale gewollt? Nein! Trotzdem wurde dies alles gegen den Willen der Wähler durchgeführt.

Solche Vergleiche sind leider in unseren Versammlungen, in denen die Volksvertreter über ihre Tätigkeit berichteten, zu wenig gezogen worden. Es zeigte sich vor allem, daß die Grundorganisationen unserer Partei und ihre Leitungen sich nicht überall ausreichend an der Vorbereitung dieser Versammlungen beteiligten. Der am häufigsten bemerkbare Mangel war, daß die Rechenschaftslegungen den Volksvertretern und den Verwaltungen allein überlassen blieb. Die Ausschüsse der Nationalen Front und ihre Vertreter begnügten sich oft damit, den Ausschuß als Einladenden zu plakatieren und die Versammlungen zu leiten.

Die Agitationslokale und Treffpunkte der Nationalen Front bedürfen der Hilfe der Grundorganisationen unserer Partei, wenn die mündliche Agitation in den Häusern, in den Wohnungen besser in Gang kommen soll. Nicht überall ist das Lokal der Nationalen Front das organisierende Zentrum, von dem aus die Agitatoren nach kurzer, Vielleicht halbstündiger Verständigung und Unter- richtung über die Diskussionspunkte (politische Schwerpunkte, örtliche Fakten,